



Jean-Daniel Ruch in seinem Garten in Eschert
Quelle: Tobias Graden

Der verhinderte Staatssekretär Jean-Daniel Ruch sagt: «Moral ist kein guter Kompass»

Es sei eine politische Schwäche der Schweiz, dass sie in weiten Teilen der Welt nicht mehr als neutral wahrgenommen werde, sagt der frühere Botschafter Jean-Daniel Ruch.

Tobias Graden
Publiziert: 15.06.2024, 06:01 Uhr

Jean-Daniel Ruch, wir sind hier in Ihrer Heimat in Eschert bei Moutier. Was bedeutet Ihnen dieser Ort?

Jean-Daniel Ruch: Ich habe über 25 Jahre im Ausland gelebt. Doch es ist wichtig, ein Zentrum in seinem Leben zu haben, und das ist hier. Es ist der Ort meiner Familie, und ich kenne viele Menschen hier. Fast noch wichtiger ist mir die Natur. Diese Berge, die Wälder, die Bäume... als Kind dachte ich, dass diese Berge eine Seele haben, noch heute rede ich mit ihnen. Es kommt mir vor, der Graiter (Berg bei Eschert, Anm. d. Red.) sei wie ein Gott, der mich beschützt.

Eschert verbleibt im Gegensatz zu Moutier beim Kanton Bern – finden Sie das gut?

Das ist die Wahl der Einwohner, das gilt es zu respektieren. Ich hätte mir gewünscht, dass sich 2013 der ganze Berner Jura bis La Neuveville für die Schaffung eines grossen Kantons Jura ausgesprochen hätte. Ich glaube, dass es besser ist, einen guten Teil des Kantons Jura auszumachen, als eine ganz kleine Minderheit im grossen Kanton Bern zu sein.

Sie sind in den 1970er-Jahren mit der ungelösten Jurafrage aufgewachsen – inwiefern hat dies Ihre politische Bewusstseinsbildung geprägt?

Sehr stark. Im Diskurs war viel Gewalt, aber auch auf der Strasse. Das hat mich tief beeindruckt, und mir ging es später immer darum, nach Lösungen zu suchen, die Stabilität bringen könnten, um die Emotionen, den Hass und die Gewalt zu überwinden. Im Balkan, aber auch im Nahen Osten.

Ein wichtiges Leitmotiv Ihres Handelns war stets die Neutralität der Schweiz. Was ist Ihr Neutralitätsverständnis?

Neutralität heisst, in einem Konflikt nicht Partei zu nehmen, das ist das Neutralitätsrecht. Politisch bedeutet Neutralität, beide Seiten anzuhören, zu verstehen versuchen und zu versuchen, zwischen ihnen zu vermitteln. Aber das heisst nicht, dass wir Verletzungen des internationalen Rechts akzeptieren müssen. Diese sind zu verurteilen.

Ist in dieser Sichtweise die Schweiz im Krieg Russlands gegen die Ukraine neutral?

Rechtlich gesehen ja. Bloss sind wir ungefähr die Einzigen, die noch wissen, was das heisst. Neutralität ist keine exakte Wissenschaft, es geht um die politische Wahrnehmung in bestimmten historischen Kontexten. Politisch gesehen ist es eine Schwäche der heutigen Schweiz, dass wir in weiten Teilen der Welt – insbesondere Russland – nicht als neutral wahrgenommen werden. Auch die Konferenz auf dem Bürgenstock ist ein Zeichen der Solidarität gegenüber der Ukraine und dem Westen.

Sollte die Schweiz aus Ihrer Sicht die Sanktionen gegen Russland nicht mittragen?

Ich verstehe nicht, warum wir 2014 bloss die Massnahmen zur Umgehung der Sanktionen treffen konnten und das 2022 nicht mehr der Fall war. Es gab offenbar Druck.

Es gibt doch schlicht auch eine realpolitische Komponente: Die Schweiz ist Teil des Westens und trägt dessen Werte mit.

Das ist letztlich eine Identitätsfrage. Wollen wir weiterhin als Sonderfall erscheinen, oder wollen wir eine Art Luxemburg mit Bergen werden? Es ist unbestritten, dass wir der westlichen Wertegemeinschaft angehören. Es geht aber auch um Business: 70, 80 Prozent unseres Aussenhandels läuft über Europa und Nordamerika.

Angesichts der Heftigkeit der russischen Aggression gibt es schliesslich auch eine moralische Komponente.

Dann müsste man diese moralischen Standards aber für alle Konflikte überall auf der Welt anwenden und hätte den S-Status auch Menschen aus dem Irak, Libyen oder Syrien verleihen müssen. Die Moral ist kein guter Kompass.

Was ist besser?

Internationales Recht ist ein guter Kompass sowie das Bewusstsein um unsere Identität und unsere Interessen. Ich freue mich sehr auf die Debatte, die durch die Neutralitätsinitiative auf uns zukommen wird.

Wie stehen Sie zu dieser Initiative?

Ich habe mich noch nicht entschieden, wie ich abstimmen werde. Ich muss betonen: Die Leute, die hinter dieser Initiative stehen, entsprechen nicht meiner politischen Präferenz. Doch was würde die Annahme der Initiative bedeuten? Wir würden nur noch Sanktionen übernehmen, die vom UNO-Sicherheitsrat beschlossen werden.

Also sozusagen nie – der Sicherheitsrat wird in solchen Fragen kaum je Einstimmigkeit erzielen.

Es ist auch schon vorgekommen, etwa im Fall von Jugoslawien. Aber in einer sich zunehmend polarisierenden Welt wird es immer schwieriger werden. Grundsätzlich sollte es der Schweiz möglich sein, ihre Politik von Fall zu Fall selber zu bestimmen.

Das würde die Initiative ja gerade verhindern – sie will eine strenge Auslegung der Neutralität in der Verfassung festschreiben. Das würde den Handlungsspielraum stark einschränken.

Es würde aber auch helfen, unseren Standpunkt gegenüber anderen Mächten – im heutigen Fall der Nato und den USA – klarer darlegen zu können. Ein solcher Verfassungsartikel würde dem Bundesrat den Rücken stärken. Doch es gibt auch eine Gegenbewegung, das Manifest von 90 Persönlichkeiten, unter anderem von früheren Bundesräten. Deren Forderungen kommen einer Aufgabe der Neutralität gleich. Auch das ist verständlich. Wir leben in gefährlichen Zeiten, es wird sicher weiter Spannungen geben zwischen China, Russland und Amerika. In dieser Grosswetterlage kann es sicherer sein, sich unter die Schirmherrschaft der Amerikaner zu begeben. Das ist wie auf der Alp: Wenn ein Sturm kommt, gehen die Kühe unter den grössten Baum.

Nun steht die Bürgenstock-Konferenz an. Ist diese ein sinnvoller Schritt im Sinne der guten Dienste der Schweiz?

Diese Konferenz wird von weiten Teilen der Welt nicht als eine echte Vermittlung betrachtet. Sie ist ein Zeichen der Solidarität mit dem westlichen Lager. Doch sie kann zu nützlichen Diskussionen und vielleicht sogar Prozessen führen in gewissen Aspekten. Zum Beispiel die Freiheit der Schifffahrt für den Getreidehandel, den Gefangenen austausch und den Schutz der nuklearen Einrichtungen. Es ist also nicht so, dass diese Konferenz gar nichts nützt. Man sollte den Bundesrat nicht dafür kritisieren, dass er etwas versucht.

Sie schreiben in Ihrem Buch, im März 2022 sei bei Gesprächen in der Türkei eine Einigung zwischen der Ukraine und Russland greifbar gewesen, aber an den USA und Grossbritannien gescheitert. Haben Sie für diese These Belege?

Der Beleg ist mein damaliges Gespräch mit dem türkischen Unterhändler. Er sagte, er sei nicht optimistisch, denn es gebe grosse Mächte, die eine globale Agenda verfolgten. Es gab auch viele öffentliche Aussagen von westlichen Politikern in jener Zeit, die sagten, es sei zu früh für eine Einigung, es gelte Russland zu schwächen, es müsse besiegt werden.

Es ist eine These, die in das Narrativ prorussischer Kräfte passt, die behaupten, es liege einzig am Westen, dass der Krieg andauert.

Das sage ich nicht. Ich sage bloss, dass damals ein gewisser Optimismus vorhanden war im Hinblick auf Verhandlungen für einen Waffenstillstand. Wenn ein solches Arrangement zustande gekommen wäre, hätte dies das Leben Hunderttausender gerettet. Natürlich hat die Ukraine einen Punkt, wenn sie sagt, das wäre auch mit einem Rückzug Russlands erreicht. Doch ein solcher ist leider nicht realistisch.

Nicht zu vergessen ist, dass beispielsweise das Massaker von Butscha just in jene Zeit fiel.

Wenn Butscha ein Grund gewesen sein sollte, sich gegen einen Waffenstillstand zu wenden, wäre das nicht vernünftig. Solche Vorfälle sind doch gerade ein Grund mehr, dass man versuchen sollte, das Gemetzel so rasch wie möglich zu beenden.

Neuere, genauere Analysen zeigen aber, dass man im März 2022 weit von einer Einigung entfernt war und die Sachlage sich viel komplexer darstellte.

Mein Eindruck damals war, dass eine positive Dynamik herrschte. Ich wusste aber auch, dass schwierige Fragen noch zu beantworten waren, zum Beispiel diejenige der Sicherheitsgarantien für die Ukraine als Gegenleistung für den Neutralitätsstatus. Welche Art von Garantien? Von welchen Staaten? Das war eine heikle Frage, aber sie wäre nicht unlösbar gewesen, wenn der politische Wille nicht plötzlich verschwunden wäre.

Das Problem ist doch: Putin hält sich ohnehin nicht an Abkommen, das hat er gerade mit dem Einfall in die Ukraine hinlänglich bewiesen.

Die Russen sehen es gerade umgekehrt: Der Westen habe das Minsker Abkommen nicht implementiert. Schon Ronald Reagan hat über die Sowjetunion gesagt: Es braucht Vertrauen – und gleichzeitig Verifikationsmechanismen. Ein Waffenstillstand ist sowieso besser, aber man muss auch prüfen, ob beide Seiten die Bedingungen einhalten.

Sie waren Botschafter in Tel Aviv und haben sich im Rahmen der Genfer Initiative für eine Zweistaatenlösung engagiert. Wie blicken Sie aktuell auf den Nahostkonflikt?

Dieser Konflikt zeigt das Scheitern der israelischen, vom Westen unterstützten Strategie. Blicken wir zurück: 2006 hat die Hamas die Wahlen gewonnen. Darauf hat Israel die Hamas boykottiert und die Repression intensiviert, insbesondere in Gaza. Gaza wurde isoliert, im Westjordanland wurde investiert – mit dem Ziel, dass sich die Menschen in Gaza von der Hamas abwenden würden. Gleichzeitig gingen die Verhandlungen zwischen Mahmud Abbas und Ehud Olmert weiter, es gab Fortschritte. Olmerts Nachfolger Netanyahu verfolgte dann zwei Ziele: Es sollte keine palästinensische Einheit entstehen – und der Konflikt sei zu managen, ohne dass eine Zweistaatenlösung anzustreben sei. Gleichzeitig wollte er die Beziehungen zu den arabischen Ländern normalisieren. So sollte die palästinensische Frage von der internationalen Agenda verschwinden, die Siedlungspolitik im Westjordanland fortgesetzt werden können. Dann kam der 7. Oktober und damit das Scheitern dieser Strategie.

Sie nehmen für sich in Anspruch, die Hamas dazu gebracht zu haben, das Existenzrecht Israels zumindest temporär anzuerkennen.

Bleiben wir präzise: Die Hamas hat gesagt, sie sei bereit, in einem palästinensischen Staat innerhalb der Grenzen von 1967 zu leben. Das ist im Prinzip kompatibel mit der Zweistaatenlösung. Und ich war sicher nicht allein. Das war eine kollektive Arbeit mit verschiedenen Personen und Organisationen.

Gleichzeitig hat die Hamas aber die islamistisch motivierte Vernichtung aller Juden nach wie vor in ihrer Charta drin.

Die Charta wurde 2017 teilweise durch ein Dokument ersetzt, das diesen Horror nicht mehr beinhaltet.

Dass dies nicht viel wert ist, hat man am 7. Oktober gesehen.

Auch hier: Es braucht einen Weg, der Vertrauen schafft – und Verifikation durch strikte Massnahmen im Sicherheitsbereich.

Das bedeutet: Solange die Hamas an der Macht ist, muss der Gazastreifen so gut wie möglich gegenüber Israel abgeriegelt bleiben.

Ich glaube, der 7. Oktober hat gezeigt, dass die Art und Weise von Netanyahus Konfliktmanagement keine Sicherheit bringt. Es braucht andere Wege. Ein Weg wäre die

totale Zerstörung der Hamas – das bedeutet aber auch die totale Zerstörung von Gaza. Und wer weiss, ob dann nicht eine neue Widerstandsbewegung entsteht?

In Gaza hat die palästinensische Seite ihr Selbstbestimmungsrecht 20 Jahre lang gehabt. Sie hat für die eigene Bevölkerung nichts gemacht, sondern aufgerüstet für den Überfall des 7. Oktober.

Das ist israelische Propaganda.

Das ist die Realität.

Gemäss internationalem humanitären Recht gilt Gaza weiterhin als besetztes Gebiet. Gaza war von Israel abgeriegelt, Israel hat sämtlichen Handel kontrolliert. Es gibt eine lange Liste von Produkten, die verboten sind, weil sie für die Rüstung und zur Schaffung von Tunnels benutzt werden können. So ist eine ökonomische Entwicklung nicht möglich, denn niemand investiert.

Hat nicht der 7. Oktober gezeigt, dass mit der Hamas kein Frieden möglich ist?

Was ist die Alternative? Ewiger Krieg? Ist das gut für Israel? Die Lage ist sehr gefährlich, das Eskalationsrisiko im Libanon ist hoch. Da wäre ein Waffenstillstand doch besser. Indirekt hat Netanyahu die letzten 15 Jahre ja mit der Hamas kooperiert. Die 30 Millionen Dollar in bar, die Katar monatlich an den Gazastreifen bezahlt, wurden über Israel angeliefert. Netanyahu dachte, er könne den Frieden kaufen. Er ist gescheitert. Eine Zweistaatenlösung ist die Position der ganzen Welt, ausser von Iran und Israel.

Historisch betrachtet liegt die Verantwortung aber genauso auf der arabischen Seite – sie hätte die Zweistaatenlösung schon 1948 haben können, führte aber lieber Krieg.

Einverstanden. Dass die arabischen Länder den UNO-Plan von 1947 abgelehnt haben, ist die Ursünde im ganzen Konflikt. Die palästinensischen Gebiete wären erst noch viel grösser gewesen.



Jean-Daniel Ruch mit Bundesrätin Viola Amherd am 15. September 2023, als er als neuer Staatssekretär für Sicherheitspolitik vorgestellt wurde.

Quelle: Keystone/a

Letzten Herbst hätten Sie der neue Staatssekretär für Sicherheitspolitik werden sollen. Warum hat das nicht geklappt?

Scheinbar hat eine Deutschschweizer Boulevardzeitung Material über mich erhalten, ein Spionagedossier über mein Privatleben, das sich über mehrere Jahre erstreckte. Die Versuchung, das zu veröffentlichen, war natürlich sehr gross. Die Frage ist: Woher kamen diese Informationen, und wieso?

Was ist Ihre Antwort?

Ich weiss es nicht. Journalisten sind in der Folge zum Schluss gekommen, ich hätte viele Feinde. Das wusste ich nicht. Und dass ich wegen meiner Positionen zur Nato, zur Neutralität und zu Israel nicht kontrollierbar sei.

Das ist ja wohl nicht alles, was Sie denken. Wem nützte Ihre Verhinderung?

Ich will nicht spekulieren.

Sie schreiben, das Dossier müsse auf professionelle Weise erstellt worden sein.

Ja.

Also zum Beispiel von Israel.

Das ist Spekulation. Etwas möchte ich sagen: Ich war fünf Jahre Botschafter in Israel, länger als üblich. Warum? Weil ich sehr gute Beziehungen hatte zu den Israelis. Wir haben von ihnen sogar ein Verhandlungsmandat mit der Hamas bekommen. Ich habe ein Innovationsbüro gegründet, habe die bilateralen Beziehungen intensiviert. Ich sehe keinen Grund, warum Israel ein Problem mit mir haben sollte.

Dann ging es um die Position zur Nato? Sie stehen einer weiteren Annäherung skeptisch gegenüber, der jetzige Staatssekretär sieht dies anders.

Ich habe mich an einer Botschafterkonferenz 2022 entsprechend geäussert. Vielleicht habe ich damit gewisse Leute beleidigt.

Sie sagen, Sie seien durch dieses Material nicht erpressbar gewesen. Warum haben Sie dann gleichwohl Bundesrätin Amherd Ihren Rücktritt angeboten?

Ich habe Frau Amherd drei Optionen vorgelegt. Die Sache auszusitzen, juristisch zu kämpfen und den Rücktritt. Frau Amherd wählte die dritte Option.

Ist Ihr Buch also eine Art Rache?

Nein. Aber ich hätte das Buch sicher nicht veröffentlicht, wenn ich noch in einer offiziellen Position gewesen wäre.

Sie zeigen mit dem Buch aber schon, dass Sie nicht viel vom Prinzip «servir et disparaître» halten.

Ich habe vieles erlebt, da hat man das Bedürfnis, einen Teil davon zu erzählen. Womöglich kann einiges davon einen Schlüssel zum Verständnis der aktuellen Lage geben.

Aber Sie erweisen den diplomatischen Diensten der Schweiz einen Bärendienst – es dürfte Gespräche, wie Sie sie beschreiben, erschweren, wenn die Gesprächspartner der Schweiz damit rechnen müssen, in ein paar Jahren in einem Buch vorzukommen ...

Die meisten Dinge sind länger als ein paar Jahre her. Es kommt nichts Vertrauliches darin vor. Das Buch wurde geprüft, das EDA hat grünes Licht gegeben. Die Öffentlichkeit hat doch

das Recht zu verstehen, was zur jetzigen Situation beigetragen und wie sich die Schweiz in der Vergangenheit positioniert hat.

Sind Sie frustriert wegen des unrühmlichen Endes?

Nein. Ich war der Kompetenteste, ich habe mich gegen 38 Konkurrenten durchgesetzt. Und dann ist diese Sache passiert. Natürlich habe ich gehofft, die Schweizer Sicherheitspolitik beeinflussen zu können. Die Richtung, die wir jetzt einschlagen – mehr Nato, mehr Amerika – , ist nicht meine Position. Insofern war ich wohl schon die falsche Person zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort. Haben Sie den Eindruck, ich kritisiere jemanden in dem Buch?

Nein, aber sie breiten Interna aus und stellen sich als Figur ins Zentrum. Das ist undiplomatisch.

Es ist eine Autobiografie, natürlich bin ich im Zentrum! Diplomatie heisst nicht immer schweigen, ein bisschen lügen und dann verschwinden. (*lacht*) Aber die interessantesten Momente sind jene, als ich Carla del Ponte und Micheline Calmy-Rey gedient habe. Und ich habe ausgeführt, was diese Persönlichkeiten von mir verlangten. Ich glaube, das ist ganz interessant für das Verständnis der jüngsten Geschichte der Schweiz.

Auf Französisch trägt das Buch den Titel «Crimes et tremblements», also «Verbrechen und Beben». Auf Deutsch dagegen «Gerechtigkeit und Frieden». Warum?

Das ist die Freiheit des Verlags. Der französische Titel spielt auf zwei Werke an, die jeder kennt: «Crimes et châtements» («Verbrechen und Strafe») von Dostojewski und «Stupeur et tremblements» («Mit Staunen und Zittern») der Bestsellerautorin Amélie Nothomb.

Sehr bescheiden.

Das war der Verlag! Ich habe zurückhaltendere Titel vorgeschlagen.

Und nun? Wenn man gelesen hat, was Sie erlebt haben, kann man sich kaum vorstellen, dass Sie künftig nur noch auf der Terrasse sitzen und den Graiterie anschauen.

Nein, ich habe auch noch einen Gemüsegarten, bald wird es wieder Pilze geben – es gibt viel zu tun, wenn man ein Haus hat. Und ich bin offen für neue Herausforderungen.

Zur Person

- geboren am 7. Februar 1963 in Moutier
- Studium der internationalen Beziehungen in Genf und Lausanne
- 1992 Eintritt in den diplomatischen Dienst
- 1994 bis 2000 für die OSZE in Wien und Warschau tätig
- 2000 bis 2003 stv. Missionschef der Schweizer Botschaft in Belgrad
- 2003 bis 2007 politischer Berater von Carla del Ponte beim Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
- 2008 bis 2012 Leiter der Schweizer Nahostpolitik
- 2012 bis 2016 Botschafter in Serbien und Montenegro
- 2016 bis 2023 Botschafter in der Türkei
- im September 2023 Ernennung zum Staatssekretär für Sicherheitspolitik, kurz darauf Rücktritt nach Medienberichten über ihn kompromittierendes Material
- lebt in Eschert bei Moutier (*tg*)